



Nr. 340 | 04.02.2025

## Polen-Analysen

### Entwicklungen in der Sozial- und Familienpolitik

■ ANALYSE	
Polnische Sozial- und Familienpolitik seit 2015	2
Johannes Kleinmann, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam	
■ STATISTIK	
Soziale Indikatoren	7
■ UMFragEN	
Umfragen zum Betreuungsgeld (sog. Omageld), 2023	13
■ CHRONIK	
21. Januar – 3. Februar 2025	15

## Polnische Sozial- und Familienpolitik seit 2015

Johannes Kleinmann, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam

DOI: 10.31205/PA.340.01

### Zusammenfassung

Familienpolitik spielt in den politischen Debatten in Polen seit langem eine bedeutende Rolle. Sie ist das dominierende Thema, anhand dessen Sozialpolitik verhandelt wird. Die finanzielle Förderung des polnischen Staates fokussiert sich auf direkte Zahlungen an Familien bei gleichzeitiger Vernachlässigung der institutionellen Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung sowie der Sozialfürsorge.

Die Parlamentswahlen 2015 gewann die Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) unter anderem mit dem Versprechen, eine neue finanzielle Unterstützung für Kinder einzuführen (das sog. 500+-Programm). Dabei hatte zwei Jahre zuvor bereits die Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska* – PO) eine familienpolitische Wende eingeleitet, indem sie eine einjährige bezahlte Elternzeit eingeführt hatte; indes konnte die damalige Regierung kaum politisches Kapital daraus schlagen. Auch im Wahlkampf 2023 spielten Debatten um die Erhöhung der 500 Zloty Kindergeld sowie um die Einführung einer neuen Leistung – des sog. »Omageldes« (*Babciowe*) – durch die PO eine große Rolle. Auffällig ist dabei, dass andere sozialpolitische Themen wie etwa die Ausgestaltung der sozialen Grundversicherung kaum adressiert wurden, obwohl dies angesichts des Inflationsschocks 2022/23 (kumuliert lag sie bei über 25 Prozent) durchaus nahegelegen hätte. Sozialpolitik wurde also vor allem anhand familienpolitischer Maßnahmen verhandelt. Lediglich die Debatte um die Zahlung einer 13. und 14. Rente brachte diesbezüglich noch ein anderes Thema ein. Dass beide Politikfelder in Polen oft zusammengedacht werden, zeigt sich bereits an ihrer institutionellen Zusammenlegung im Ministerium für Familie und Sozialpolitik (*Ministerstwo Rodziny i Polityki Społecznej*).

Im Folgenden diskutiere ich die polnische Familien- und Sozialpolitik nach 2015, wobei ich die These vertrete, dass gewisse polnische Spezifika wie die genannte starke Fokussierung auf familienpolitische Leistungen existieren, die den Regierungswechsel im Dezember 2023 überdauert haben. Mehr noch handelt es sich hierbei aus meiner Sicht um eine Art politischer Pfadabhängigkeit, die einer weiteren Analyse bedarf. Diese Ausrichtung der polnischen Sozialpolitik ist zudem nicht ohne die ihr zugrundeliegenden Geschlechternarrative zu verstehen, die folglich stets mitgedacht werden müssen. Beginnen werde ich mit einem vergleichenden Blick auf die Entwicklung der institutionellen und häuslichen Kinderbetreuung oder anders gesprochen auf das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit.

### Institutionelle Kinderbetreuung – stiefmütterlich behandelt

Kaum jemand hat einen schlechteren Ruf als die Stiefmutter im Märchen. Oft vernachlässigt sie ihre nicht-leiblichen Kinder, manchmal hasst sie diese gar, aber vor allem schenkt sie nur den eigenen Kindern ihre mütterliche Liebe. Ähnliche Vorwürfe werden bis heute an Mütter gerichtet, die ihre (Klein-)Kinder nicht selbst betreuen. Sie sind einer der Gründe dafür, dass Kleinkinder unter drei Jahren in Polen noch immer ganz überwiegend innerhalb der Familie betreut werden (siehe »Statistik«, Grafik 1). So besuchten 2023 nur 12,6 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe zumindest zeitweise eine staatliche oder private Kinderbetreuungseinrichtung. In der Europäischen Union lag das Land lediglich vor Tschechien (4,4 Prozent) und der Slowakei (1 Prozent) auf dem drittletzten Platz und damit weit hinter dem europäischen Durchschnitt von 37,5 Prozent; von Staaten wie den Niederlanden mit deutlich über 70 Prozent ganz zu schweigen. Hier sei erwähnt, dass auch die Bundesrepublik unterdurchschnittlich abschneidet, was insbesondere an den niedrigen Betreuungsquoten in Süd- und Westdeutschland liegt. Bei der Gruppe der Kinder zwischen drei und sechs Jahren, die mindestens eine Stunde wöchentlich eine Betreuungseinrichtung besuchen, steigt ihr Anteil in Polen auf über 60 Prozent an, liegt aber immer noch deutlich hinter dem europäischen Durchschnitt von knapp 80 Prozent (siehe dazu auch »Statistik«, Grafik 2).

Diese Zahlen lassen sich auf unterschiedliche Weise interpretieren. Von konservativer Seite wird in der Regel argumentiert, die niedrigen Zahlen seien dem Wunsch der Eltern, die Kinder selbst zu betreuen, geschuldet. Tatsächlich scheint die Überzeugung, eine Betreuung durch die Mutter (nur sehr selten durch den Vater) sei besser als in einer staatlichen Betreuungseinrichtung, noch immer weit in der Gesellschaft verbreitet. Dieses Narrativ, das auch von zahlreichen politischen Akteuren forciert wird, die keineswegs nur aus dem katholisch-konservativen Lager stammen, ist ein bedeutender Unterschied beispielsweise zu den skandinavischen

Ländern, wo eine Betreuung durch ausgebildete Fachkräfte meist als vorteilhaft für die Kinder angesehen wird. Ihm liegt zum einen die Vorstellung zugrunde, nur eine Mutter könne ihrem Kind die nötige Liebe in der Betreuung schenken. Zum anderen spielt das Bild der *Matka Polka*, d. h. einer polnischen Frau, die sich für die patriotische und religiöse Erziehung ihrer Kinder zum Zwecke der Erhaltung der polnischen Nation aufopfert, eine große Rolle. Jedes Abweichen von dieser »natürlich« weiblichen Bestimmung erscheint somit notwendigerweise als eine Bedrohung der polnischen Nation. Zugleich ist Polen keineswegs als politischer Monolith zu verstehen; vielmehr zeigt sich innerhalb des Landes eine große bzw. zunehmende Heterogenität bei der Bewertung von Betreuungseinrichtungen. So sind es vor allem eher konservativ geprägte ländliche Regionen im Nord- und Südosten des Landes, wo der Anteil betreuter Kinder besonders niedrig liegt (analog zum Süden der Bundesrepublik); am höchsten liegt er hingegen in den Großstädten sowie in Schlesien.

Dass diese traditionalistischen Narrative nur ein Teil der Wahrheit sind, zeigt sich auch daran, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuung in Polen deutlich höher ist als das Angebot. Anders gesprochen, würden viele Eltern ihr Kind gerne in eine Kita o. Ä. geben, können dies aber nicht; insbesondere in ländlichen Regionen fehlt es oft noch immer an jeglichen Betreuungsangeboten. 2024 gab es in über 40 Prozent aller Gemeinden in Polen keinerlei Betreuungsangebote, weder in privaten noch in staatlichen Einrichtungen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Betreuungsquoten in den Großstädten deutlich über denen in ländlichen Regionen liegen. Ein weiteres Problem sind die teils horrenden Gebühren, die die Einrichtungen, die im Übrigen zu 74 Prozent in privater Hand sind, erheben. Auch hier zeigen sich interessante Parallelen zu Deutschland, wo die Spannweite der Kosten für die Kinderbetreuung von Gebührenfreiheit (z. B. in Berlin) bis zu knapp 1.000 Euro monatlich reichen. Auch dort herrscht ein enormer Mangel an Betreuungsplätzen.

Der Status quo ist also alles andere als zufriedenstellend. Zugleich darf nicht übersehen werden, dass in den vergangenen zehn Jahren durchaus ein Ausbau von Betreuungsplätzen stattfand. So existierten vor 2004 fast gar keine Einrichtungen für Kleinkinder und auch bei den Drei- bis Sechsjährigen lag Polen innerhalb der Europäischen Union auf dem letzten Platz. Seitdem hat sich also Einiges getan, was allerdings weniger der Zentralregierung als den Kommunen bzw. privaten Anbietern zuzuschreiben ist. Auf diese Weise entstand vor allem in den boomenden Großstädten langsam eine Betreuungsinfrastruktur, deren Ausbau indes weniger emanzipatorischen oder bildungspolitischen Überlegungen geschuldet war. Vielmehr waren sie ein Ergeb-

nis des Arbeitskräftemangels sowie des damit einhergehenden Ziels einer stärkeren Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt. Der Ausbau relativiert sich allerdings, betrachtet man die Summen, die in die Unterstützung der häuslichen Betreuung flossen und fließen. Dies wird beispielsweise am 2021 eingeführten Knirps+-Programm (*Maluch+*) deutlich, dessen Ziel es ist, die Betreuung für unter Dreijährige auszubauen. Für den Zeitraum von 2022 bis 2029 waren dafür 5,5 Mrd. Zloty (ca. 1,3 Mrd. Euro) vorgesehen und damit nur ein Bruchteil dessen, was für die häusliche Betreuung ausgegeben wurde.

### Häusliche Care-Arbeit als Norm

Die finanzielle Priorität auf nationalstaatlicher Ebene lag auf der Stärkung der häuslichen Kinderbetreuung durch Mütter oder Großmütter. Vor allem nach 2015 investierte der polnische Staat viel Geld in Programme wie das Kindergeld 500+, das 2016 von der PiS-Regierung ins Leben gerufen wurde und monatlich 500 Zloty (ca. 115 Euro) pro Kind auszahlte. Allein 2022 wurden so rund 42 Mrd. Zloty (knapp 10 Mrd. Euro) ausgegeben. Die Summe stieg an, als das Programm, das ursprünglich erst ab dem zweiten Kind ausgezahlt wurde, seit 2019 auch auf das erste Kind ausgeweitet wurde. Im Januar 2024 wurde die Leistung schließlich (nun unter der neuen Regierung) auf 800 Zloty (ca. 175 Euro) pro Kind erhöht.

Ferner existiert ein Dickicht aus vielen weiteren familienpolitischen Leistungen, wie etwa der »Erziehungsurlaub«, der bis zu 36 Monate lang genommen werden kann, allerdings nur für bedürftige Eltern eine wirkliche finanzielle Kompensation bietet. Hinzu kommen eine einmalige »Entbindungsbeihilfe« (*jednorazowa zapomoga z tytułu urodzenia się dziecka*) für Geringverdienerinnen sowie Zahlungen von 300 Zloty (ca. 70 Euro) im Rahmen des »Guter Start«-Programms (*Świadczenie »Dobry Start«*), die für jedes Kind zum Schuljahresbeginn gezahlt werden, sowie weitere kleinere oder an bestimmte Bedingungen geknüpfte Leistungen.

Einige dieser familienpolitischen Leistungen haben sicherlich ihre Berechtigung. Zugleich ist unverkennbar, dass sie explizit Mütter adressieren und ihnen die Kinderbetreuung zu Hause (und die Entscheidung zu mehreren Kindern generell) schmackhaft machen sollen. So heißt es beispielsweise in einer offiziellen Verlautbarung des Familien- und Sozialministeriums zur Einführung des Kindergeldes (500+), dass dieses »allen Frauen offen steht, die ein Kind geboren haben.« Eine Fußnote am Ende der Seite verweist dann darauf, dass es unter bestimmten Umständen auch von Pflegeeltern oder Vätern in Anspruch genommen werden könne.

Die geschlechterpolitische Ausrichtung des Programms ist also mehr als eindeutig. Dies wird auch an

einem Vorschlag deutlich, den Donald Tusk 2023 präsentierte, nämlich die Einführung einer neuen Leistung, des o. g. Omageldes. Damit sollten Großeltern, die sich um ihre Enkel kümmern, finanziell entlohnt werden, wobei bereits der Name darauf verweist, dass die Regierung in erster Linie an Großmütter dachte. Dieser Vorschlag verweist zudem auf die in Polen weitverbreitete Norm, die Großmütter für die Betreuung ihrer Enkel verantwortlich macht. Nicht zuletzt deshalb können (und sollen) Polinnen fünf Jahre früher in Rente gehen als männliche Arbeitnehmer. Im Ergebnis betreut fast ein Drittel aller polnischen Großmütter zwischen 50 und 69 Jahren täglich ein oder mehrere Enkelkinder, womit das Land weit vor allen anderen EU-Staaten liegt. Auch bezogen auf den Anteil der Kinder, die primär von Großmüttern betreut werden, liegt Polen zusammen mit Griechenland, Italien und Ungarn an der Spitze.

Wie sehr die Kinderbetreuung weiterhin als (oft alleinige) Aufgabe der Mutter gesehen wurde, zeigt sich auch daran, dass 2021 rund 377.000 Frauen die o. g. Elternzeit in Anspruch nahmen, aber nur 4.000 Väter, was einem Anteil von 1,06 Prozent entspricht. Von der Möglichkeit einer bis zu zweiwöchigen Auszeit für Väter während und nach der Geburt machten 41 Prozent der Männer überhaupt keinen Gebrauch (d. h. nicht einmal einen Tag). Weitere 43 Prozent nahmen einige Tage bis zu zwei Wochen in Anspruch. Frauen schieden hingegen in 85 Prozent der Fälle über acht Monate aus dem Erwerbsleben aus. Diese Zahlen sind insofern wenig verwunderlich, als dass alles, was mit Kindern in Verbindung steht, lange Zeit als ausschließlich weibliche Sphäre gesehen wurde. Sichtbar ist dies nicht nur an der weitgehenden Verweigerung viele Männer, sich an der Betreuung zu beteiligen, sondern auch am bis in die 2010er Jahre praktizierten Ausschluss der Väter aus Kreißsälen oder daran, dass es bis in die 2010er Jahre fast unmöglich war, nach einer Scheidung als Vater ein (auch nur partielles) Sorgerecht zu bekommen. Diese Regelungen wurden auch von sich als feministisch verstehenden Frauen als »weibliches Vorrecht« verteidigt. Eine traditionelle Vorstellung von »natürlichen« Geschlechterrollen ist also in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet und kein rein männliches Phänomen.

Die direkte Folge dieser Familienpolitik nach 2015 war ein relatives Absinken der Erwerbstätigkeit von Frauen um 2 bis 3 Prozent, d. h. um rund 200.000 Personen, was in Zukunft wiederum in niedrigen Renten für Frauen und eine Verschärfung des Arbeitskräftemangels resultieren wird; von emanzipatorischen Überlegungen ganz zu schweigen. Ersteres ist bereits daran ersichtlich, dass sich die Höhe des Rentenbezugs zwischen den Geschlechtern kontinuierlich auseinander entwickelt. Im Ergebnis bezogen Frauen im Jahr 2018 bereits 27 bis 28 Prozent weniger Rente als Männer – Tendenz steigend.

### **Familienpolitik als Sozialpolitik zwischen 2015 und 2023**

Die diskutierten Maßnahmen zeigen, dass durchaus Geld in der Haushaltskasse vorhanden war und ist. Die stetig steigenden Staatseinnahmen ermöglichten es der PiS nach 2015, große Summen in ihre sozialpolitischen Prestigeprojekte zu stecken, womit sie enorm an Glaubwürdigkeit gewann, da sie viele ihrer sozialpolitischen Versprechungen umsetzte (wenn auch keineswegs alle) und zugleich die Vernachlässigung der staatlichen Sozialpolitik vor 2015 beendete. Neben den familienpolitischen Leistungen sind vor allem die stetige Erhöhung des Mindestlohns auf 2.600 Zloty (ca. 610 Euro) im Jahr 2020 sowie die strengere Reglementierung von Anstellungen, die keinen sozialverträglichen Arbeitsvertrag hatten, durchaus als sozialpolitische Erfolge zu werten. Die Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters von 67 Jahren für Frauen und Männer auf 60 bzw. 65 Jahre ist hingegen kaum nachhaltig. Zum einen stieg seitdem die Altersarmut von Rentner:innen (vor allem von Frauen) weiter an, zum anderen ist die erneute Einführung geschlechterspezifischer Regelungen als gleichstellungspolitischer Rückschritt zu werten.

In anderen Bereichen kann ebenso wenig von einer neuen und nachhaltigen Sozialpolitik die Rede sein. So wurden weder Probleme im Gesundheitswesen, das von einer massiven Unterfinanzierung und niedrigen Löhnen betroffen ist, noch bei der Armutsprävention behoben. Zwar hatten die diskutierten familienpolitischen Leistungen kurzfristig eine positive Wirkung, insbesondere im Hinblick auf Kinderarmut, zugleich aber ist die relative Armut (verfügbares Einkommen unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens) nur leicht gesunken und die extreme Armut (2023 lag die Schwelle bei 901 Zloty bzw. rund 209 Euro pro Person/Monat) bis 2023 gestiegen. Auch die Kinderarmut steigt nach einem kurzfristigen Rückgang wieder stark an. Die Gründe liegen zum einen im Inflationsschock ab 2022 begründet, zum anderen aber auch darin, dass die Sozialhilfe (vor wie nach 2015) nur marginal erhöht wurde und in einem enormen Missverhältnis zu den großzügigen Familienleistungen steht. Generell ist die Sozialleistungsquote in Polen im letzten Jahrzehnt zwar leicht angestiegen, sie liegt aber mit 21 Prozent (2022) noch immer deutlich unter dem EU-Schnitt von 28 Prozent. Dass der Anstieg trotz der Einführung umfassender familienpolitischer Leistungen vergleichsweise gering ausfiel (2005 lag die Quote bei 20 Prozent), ist ein weiterer Hinweis darauf, dass andere Bereiche der Sozialpolitik vernachlässigt wurden.

### **Alles neu nach der PiS?**

Bei der Lektüre manch deutscher Zeitung könnte man meinen, dass sich durch die Abwahl der PiS und die Bil-

dung einer neuen Regierung nach 2023 alles in Polen geändert habe. Indes sind in vielen Bereichen wie der Migrations- und Sicherheitspolitik und im besonderen Maße der Sozial- und Familienpolitik große Kontinuitäten zu erkennen. Am deutlichsten zeigt sich dies daran, dass die Bürgerplattform weder die Senkung des Rentenalters noch die Einführung des Kindergeldes zurücknahm, vielmehr erhöhte sie es von 500 auf 800 Zloty im Monat und behielt auch andere familienpolitische Leistungen bisher bei. Neu ist hingegen die Einführung dreier neuer Leistungen für Eltern im Oktober 2024 von bis zu 1.500 Zloty (ca. 350 Euro) im Monat. Mit dem »Aktive Eltern«-Programm (*Aktywny Rodzic*) wird Müttern und Vätern versprochen, dass sie die Freiheit hätten, selbst die Art der Betreuung ihres Kindes zu wählen, wobei ihnen gleichzeitig eine große Flexibilität ermöglicht werde, da zwischen verschiedenen Modellen gewechselt werden könne. An der Ausgestaltung des Programmes zeigt sich der Versuch der neuen Regierung, alle politischen Wünsche unter einen Hut zu bringen. Einerseits wird es (entsprechend der Idee des »Omagedes«) möglich, Großmütter – es ist tatsächlich nur von Großmüttern die Rede – für die Kinderbetreuung zu bezahlen. Andererseits kann die Betreuung zu Hause (faktisch durch die Mutter) weiter gefördert werden, während es gleichzeitig – so die dritte Option – Zuschüsse für eine Betreuung durch Dritte oder in Betreuungseinrichtungen geben kann.

Wie nachhaltig eine Familienpolitik ist bzw. sein kann, die versucht, es allen Gruppen recht zu machen, wird sich allerdings erst noch zeigen. So geht aus dem Haushaltsplan für 2025 hervor, dass allein das 800+-Programm zehn Prozent des Staatshaushaltes ausmacht, so dass sich durchaus die Frage stellt, ob diese enorme Summe nicht besser in einen verstärkten Ausbau staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen oder in das Bildungssystem investiert werden sollte. Dass dies nicht geschieht, zeigt, dass die polnische Familienpolitik auf absehbare Zeit von paternalistischen Vorstellungen geprägt sein wird, deren primäres Ziel letztlich die Unterstützung und Erhaltung der traditionellen, »normalen« Familie ist. Die Gründe dafür liegen einerseits in der Popularität dieser Maßnahmen (vor allem der Auszahlung direkter Geldleistungen), deren tendenziell konservative Ausrichtung zudem in der polnischen Gesellschaft mehrheitsfähig sein dürfte. Ferner sprechen sich Teile der Bürgerplattform sowie des Regierungspartners Dritter Weg (*Trzecia Droga*) grundsätzlich für eine familienzentrierte Sozialpolitik aus. Was dabei weitgehend ignoriert wird, ist die Tatsache, dass diese auch nach konservativen Maßstäben nicht funktioniert: So wurde etwa das wichtigste Ziel dieser Politik – die Erhöhung der Geburtenrate – nicht erreicht; vielmehr sinkt

diese kontinuierlich weiter und ist mittlerweile eine der niedrigsten in der gesamten Europäischen Union (siehe »Statistik«, Grafik 4). Am höchsten ist sie im Übrigen in den skandinavischen Ländern sowie in Frankreich, die sich durch eine umfassende Infrastruktur staatlicher Betreuungseinrichtungen und Geschlechtergleichheit im Bereich der Arbeit auszeichnen. Zudem ist angesichts der steigenden Staatsverschuldung Polens fraglich, ob die familienpolitischen Leistungen die nächste Sparrunde überstehen werden. Nichtsdestoweniger werden die neu eingeführten Zuschüsse zur Inanspruchnahme von Kinderbetreuung wohl die Vereinbarkeit von Care- und Erwerbsarbeit verbessern.

Schließlich ist auffällig, dass Sozialpolitik weiterhin weitgehend mit Familienpolitik gleichgesetzt wird. Die einzige bedeutende Ausnahme besteht darin, dass die aktuelle Regierungskoalition die kontinuierliche Anhebung des Mindestlohnes auf 4.000 Zloty (ca. 940 Euro) im Jahr 2024 fortsetzt, auch wenn diese Maßnahme nicht im eigentlichen Sinne zur Sozialpolitik zählt. Darüber hinaus sind keine grundlegenden Reformen wie beispielsweise in der sozialen Grundsicherung zu erwarten.

### Sozialpolitische Herausforderungen

Somit bleiben einige bereits genannte Herausforderungen in der Sozialpolitik bestehen. Die Einkommensungleichheit in Polen ist eine der höchsten in Europa und steigt weiter an. Auch die Geschlechterunterschiede beim Einkommen sinken nicht mehr, bei den Renten gehen sie auseinander. Damit hängt eine hartnäckige und feminisierte Armut zusammen, wobei der Anteil der absolut Armen überdurchschnittlich hoch ist und zunehmend Rentnerinnen betroffen sind. Schließlich sind das polnische Gesundheits- und Bildungssystem latent unterfinanziert, gleiches gilt für die Qualität und Quantität staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen. Zwar ist seit dem Regierungswechsel 2023 in allen genannten Bereichen mit einer leichten Verbesserung der Situation zu rechnen, mit Ausnahme der Armutsprävention. Nichtsdestoweniger sind diese Fortschritte jedoch sehr gering und könnten viel bedeutender sein, wenn der massive Ausbau staatlicher Sozialleistungen nicht primär in finanzielle Leistungen an Eltern fließen würde. Ob sich dies ändern wird, ist mehr als fraglich. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass bereits die (späte) Volksrepublik Polen auf eine sehr ähnliche Weise Familienpolitik betrieb und damit scheiterte. Die Ausrichtung sozialer Leistungen an einem konservativen Familienideal stellt also eine politische Konstante dar, die auch durch den Regierungswechsel von 2023 kaum erschüttert wurde.

*Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.*

### Über den Autor

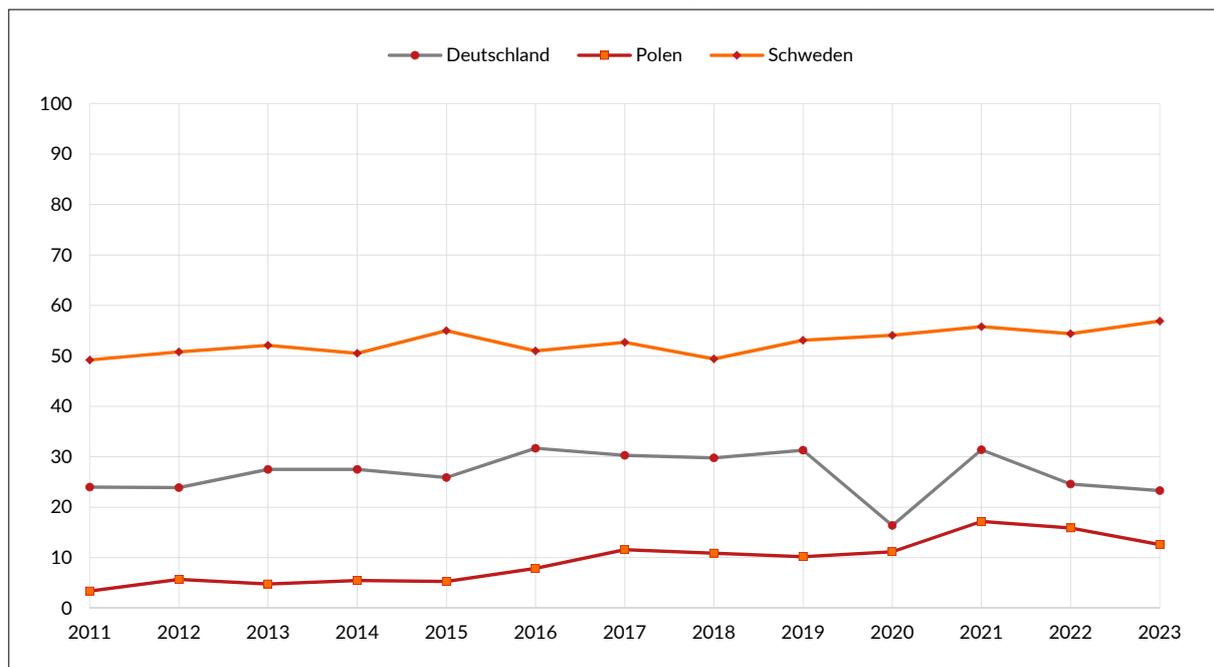
Dr. *Johannes Kleinmann* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam. Im Dezember 2024 wurde er im Rahmen einer *Cotutelle de thèse* zwischen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Universität Wien mit einer Arbeit zur polnischen Wirtschafts- und Geschlechtergeschichte in der langen Zeit der Transformation zwischen 1980 und 2004 promoviert.

### Lesetipps

- Kleinmann, Johannes: Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt, Polen-Analysen Nr. 325 vom 05.03.2024. URL: <https://laender-analysen.de/polen-analysen/325/debatten-um-die-erwerbstaetigkeit-von-frauen-in-polen-nach-1980/>.
- Kleinmann, Johannes: Die Geschlechterpolitik der Volksrepublik Polen und ihre Auswirkungen in der langen Zeit der Transformation, in: Flade, Falk; Steinkamp, Anna M.; Walerski, Konrad (Hrsg.): Transformation in Polen und Ostdeutschland. Voraussetzungen, Verlauf und Ergebnisse. Wiesbaden 2022 (*Interdisciplinary Polish Studies 11*). S. 255–268.
- Europäische Kommission: Überblick zu den polnischen Familienleistungen. URL [https://employment-social-affairs.ec.europa.eu/policies-and-activities/moving-working-europe/eu-social-security-coordination/your-rights-country-country/poland\\_de](https://employment-social-affairs.ec.europa.eu/policies-and-activities/moving-working-europe/eu-social-security-coordination/your-rights-country-country/poland_de).

## Soziale Indikatoren

**Grafik 1: Kinder unter 3 Jahren in formeller Kinderbetreuung (2011–2023, %)**

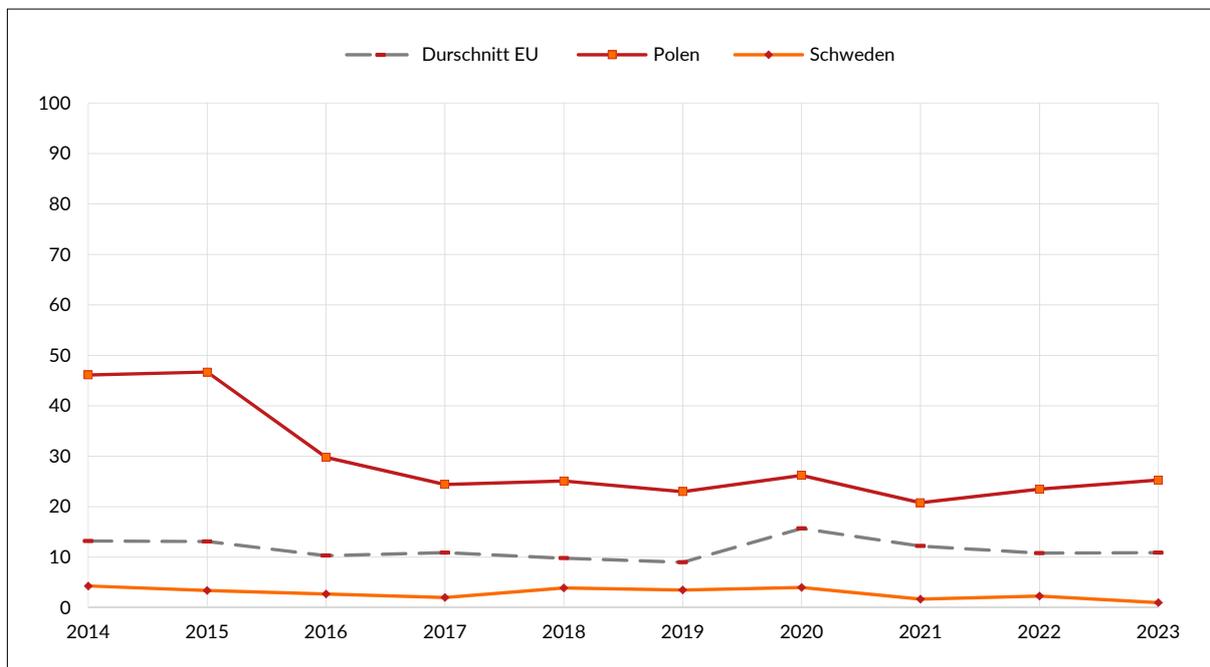


Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland	24,0	23,9	27,5	27,5	25,9	31,7	30,3
Polen	3,4	5,7	4,8	5,5	5,3	7,9	11,6
Schweden	49,2	50,8	52,1	50,5	55,0	51,0	52,7

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Deutschland	29,8	31,3	16,4	31,4	24,6	23,3
Polen	10,9	10,2	11,2	17,2	15,9	12,6
Schweden	49,4	53,1	54,1	55,8	54,4	56,9

Quelle: Eurostat: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tepsr\\_sp210/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tepsr_sp210/default/table?lang=en) (abgerufen am 23.12.2024).

**Grafik 2: Kinder zwischen 3 und 6 Jahren, die nie eine formale Kinderbetreuungseinrichtung besuchen (2014-2023, %)**

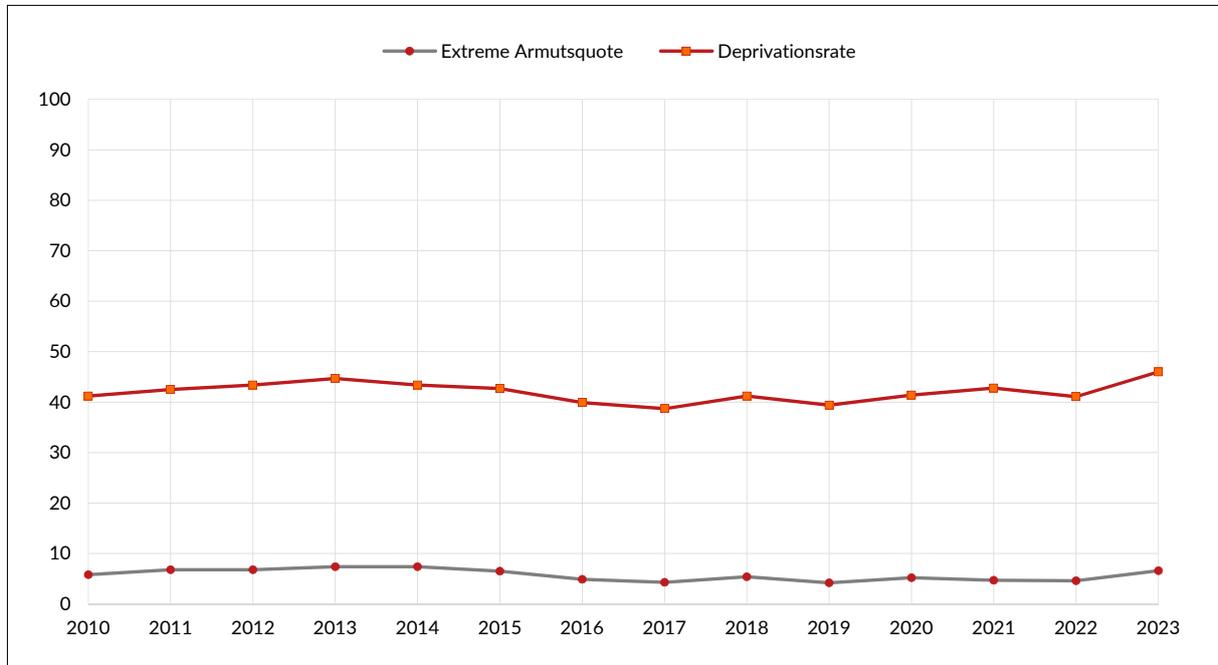


Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Durchschnitt EU	13,2	13,1	10,3	10,9	9,8	9,0	15,7
Polen	46,1	46,7	29,8	24,4	25,1	23,0	26,2
Schweden	4,3	3,4	2,7	2,0	3,9	3,5	4,0

Jahr	2021	2022	2023
Durchschnitt EU	12,2	10,8	10,9
Polen	20,8	23,5	25,3
Schweden	1,7	2,3	1,0

Quelle: Eurostat: Children in formal childcare or education by age group and duration - % over the population of each age group

**Grafik 3: Rate der von extremer Armut oder sozialer Deprivation Betroffenen, 2010–2023**  
(% von Personen in Privathaushalten)

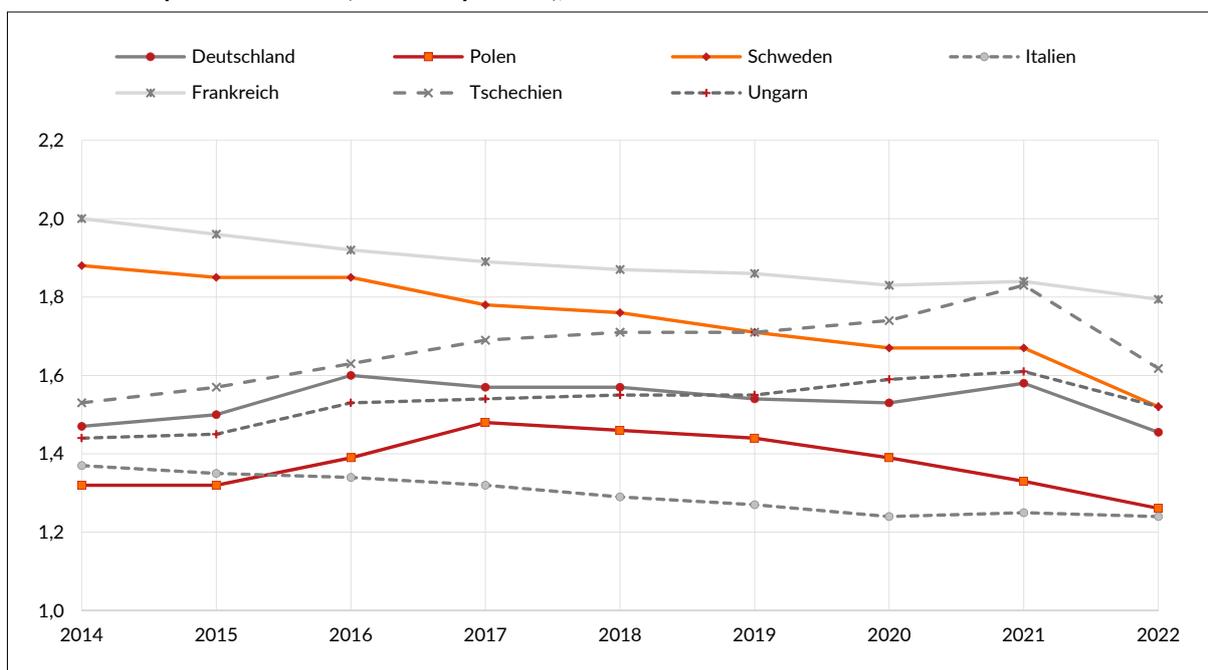


Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Extreme Armutsquote	5,8	6,8	6,8	7,4	7,4	6,5	4,9
Deprivationsrate	41,2	42,5	43,4	44,7	43,4	42,7	39,9

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Extreme Armutsquote	4,3	5,4	4,2	5,2	4,7	4,6	6,6
Deprivationsrate	38,7	41,2	39,4	41,4	42,8	41,1	46,0

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt] 2023: Zasięg ubóstwa ekonomicznego w Polsce w 2023 roku [Das Ausmaß ökonomischer Armut in Polen 2023], <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/warunki-zycia/ubostwo-pomoc-spoleczna/zasięg-ubostwa-ekonomicznego-w-polsce-w-2023-roku,14,11.html>

**Grafik 4: Reproduktionsrate (Geburten pro Frau), 2014–2022**

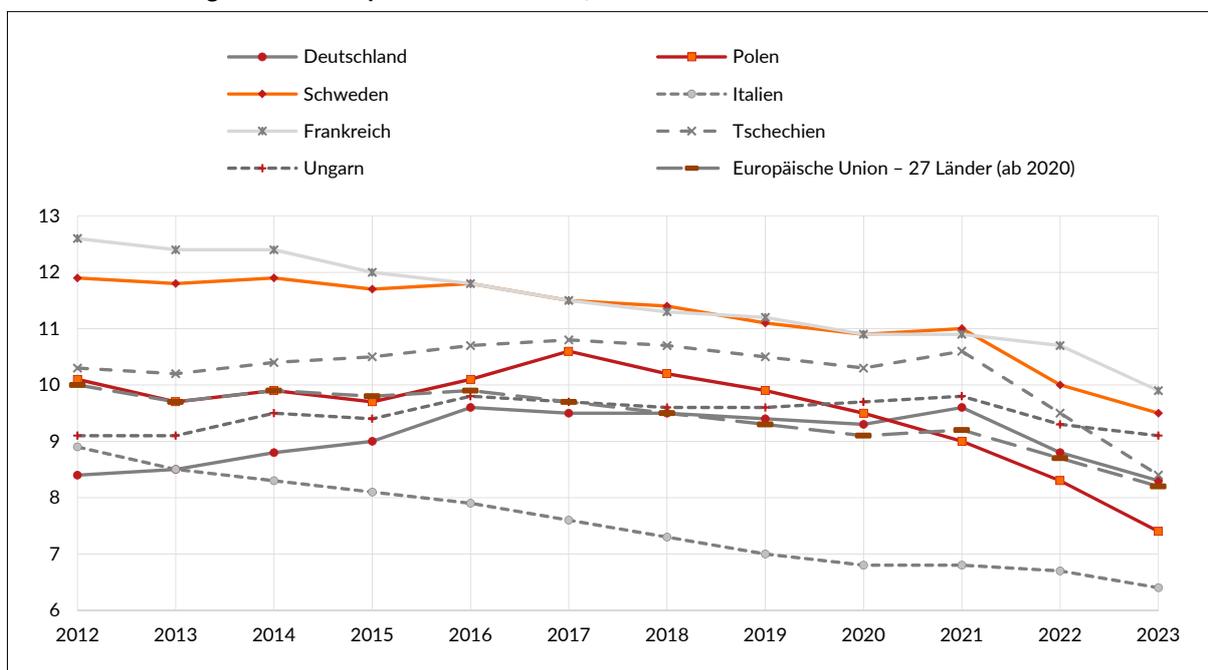


Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Deutschland	1,47	1,50	1,60	1,57	1,57	1,54	1,53
Polen	1,32	1,32	1,39	1,48	1,46	1,44	1,39
Schweden	1,88	1,85	1,85	1,78	1,76	1,71	1,67
Italien	1,37	1,35	1,34	1,32	1,29	1,27	1,24
Frankreich	2,00	1,96	1,92	1,89	1,87	1,86	1,83
Tschechien	1,53	1,57	1,63	1,69	1,71	1,71	1,74
Ungarn	1,44	1,45	1,53	1,54	1,55	1,55	1,59

Jahr	2021	2022
Deutschland	1,58	1,46
Polen	1,33	1,26
Schweden	1,67	1,52
Italien	1,25	1,24
Frankreich	1,84	1,79
Tschechien	1,83	1,62
Ungarn	1,61	1,52

Quelle: World Development Indicator, 28.01.2025. <https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=SP.DYN.TFRT.IN&country=#> (abgerufen am 30.01.2025).

**Grafik 5: Bruttogeburtenziffer pro 1.000 Personen, 2012–2023**



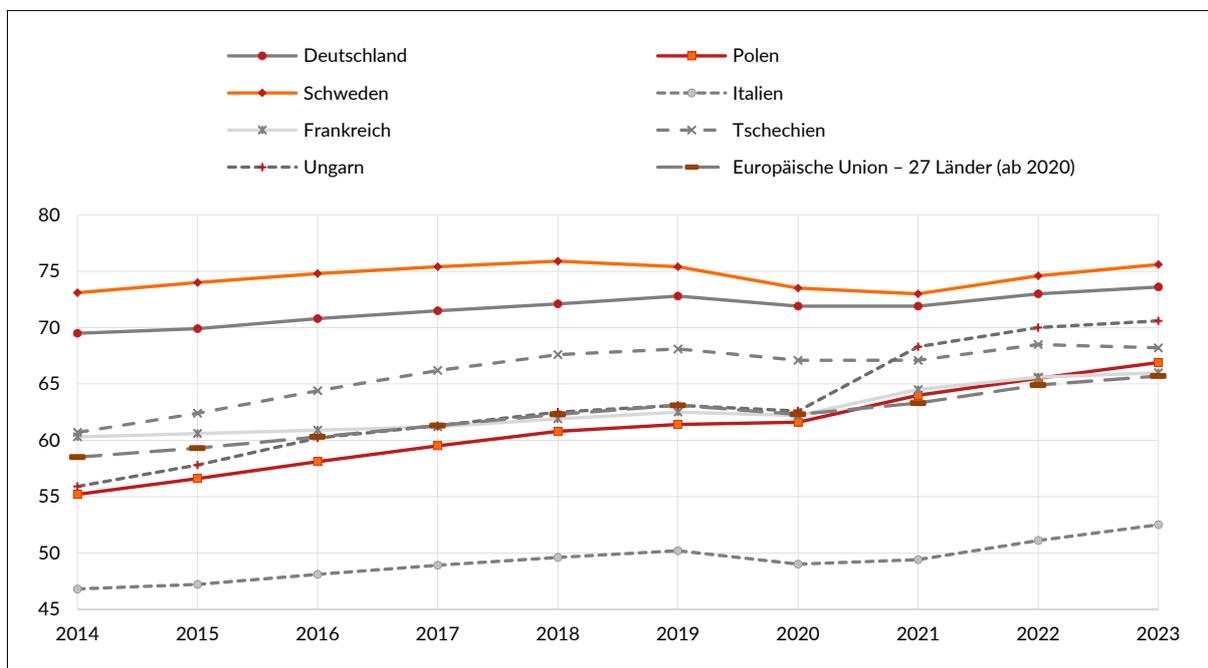
Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	8,4	8,5	8,8	9,0	9,6	9,5	9,5
Polen	10,1	9,7	9,9	9,7	10,1	10,6	10,2
Schweden	11,9	11,8	11,9	11,7	11,8	11,5	11,4
Italien	8,9	8,5	8,3	8,1	7,9	7,6	7,3
Frankreich	12,6	12,4	12,4	12,0	11,8	11,5	11,3
Tschechien	10,3	10,2	10,4	10,5	10,7	10,8	10,7
Ungarn	9,1	9,1	9,5	9,4	9,8	9,7	9,6
Europäische Union - 27 Länder (ab 2020)	10,0	9,7	9,9	9,8	9,9	9,7	9,5

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023
Deutschland	9,4	9,3	9,6	8,8	8,3
Polen	9,9	9,5	9,0	8,3	7,4
Schweden	11,1	10,9	11,0	10,0	9,5
Italien	7,0	6,8	6,8	6,7	6,4
Frankreich	11,2	10,9	10,9	10,7	9,9
Tschechien	10,5	10,3	10,6	9,5	8,4
Ungarn	9,6	9,7	9,8	9,3	9,1
Europäische Union - 27 Länder (ab 2020)	9,3	9,1	9,2	8,7	8,2

Anm.: Die Bruttogeburtenziffer ist als das Verhältnis der Geburten während des Jahres zur durchschnittlichen Bevölkerung in diesem Jahr definiert. Der Wert wird je 1.000 Personen dargestellt.

Quelle: Eurostat, [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00204/default/table?lang=de&category=t\\_demo\\_t\\_demo\\_fer](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00204/default/table?lang=de&category=t_demo_t_demo_fer) (abgerufen am 30.01.2025).

**Grafik 6: Erwerbstätigenquote Frauen, 2014-2023 (%)**



Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Deutschland	69,5	69,9	70,8	71,5	72,1	72,8	71,9
Polen	55,2	56,6	58,1	59,5	60,8	61,4	61,6
Schweden	73,1	74,0	74,8	75,4	75,9	75,4	73,5
Italien	46,8	47,2	48,1	48,9	49,6	50,2	49,0
Frankreich	60,3	60,6	60,9	61,2	61,9	62,5	62,2
Tschechien	60,7	62,4	64,4	66,2	67,6	68,1	67,1
Ungarn	55,9	57,8	60,2	61,3	62,5	63,1	62,6
Europäische Union - 27 Länder (ab 2020)	58,5	59,3	60,3	61,3	62,3	63,1	62,3

Jahr	2021	2022	2023
Deutschland	71,9	73,0	73,6
Polen	64,0	65,5	66,9
Schweden	73,0	74,6	75,6
Italien	49,4	51,1	52,5
Frankreich	64,5	65,6	66,0
Tschechien	67,1	68,5	68,2
Ungarn	68,3	70,0	70,6
Europäische Union - 27 Länder (ab 2020)	63,3	64,9	65,7

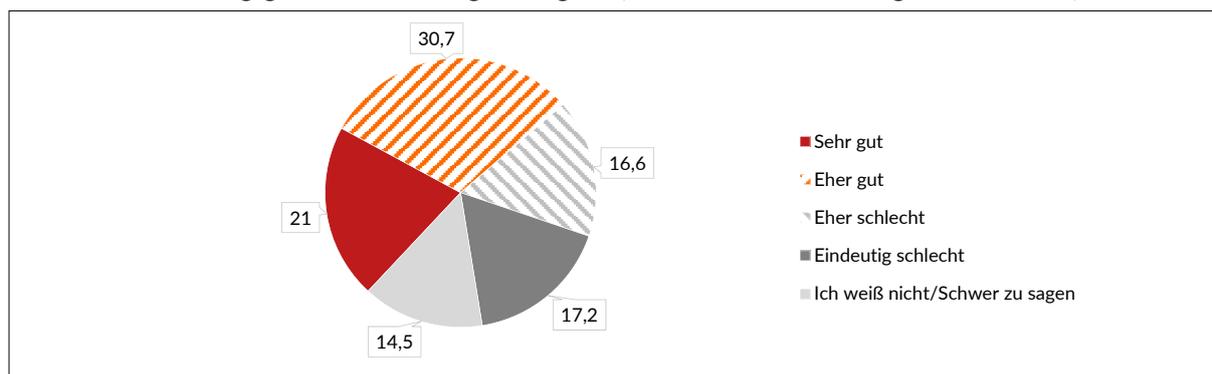
Anm.: Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahre, alle Bildungsstufen

Quelle: Eurostat [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsa\\_ergaed/default/table?lang=de](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsa_ergaed/default/table?lang=de) (abgerufen am 30.01.2025).

## UMFRAGEN

## Umfragen zum Betreuungsgeld (sog. Omageld), 2023

**Grafik 1: Die Einstellung zum Wahlversprechen der PO, Großmüttern für die Betreuung des Enkelkinds ein Betreuungsgeld zu zahlen – sog. »Omageld« (% , Gesamtheit der Befragten, März 2023)**

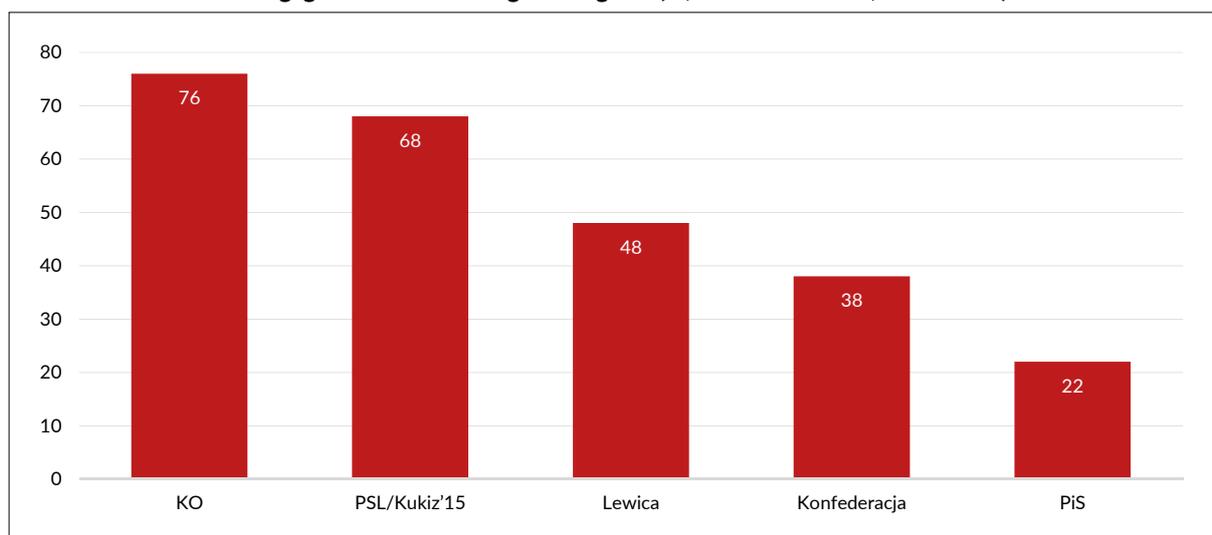


Befragung durch United Survey im Auftrag von Wirtualna Polska, 24.- 26.03.2023, 1.000 Befragte.

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

Quelle: Onet.pl: »Babciowe« Tuska. Polacy wyrazili swoją opinię [Tusks »Omageld«. Die Polen äußern ihre Meinung]. [https://wiadomosci.onet.pl/kraj/babciowe-tuska-wiekszosc-polakow-dobrze-ocenia-pomysl-sondaz/18h0n3y?utm\\_source=www.ecosia.org\\_viasg\\_wiadomosci&utm\\_medium=referral&utm\\_campaign=leo\\_automatic&srcc=undefined&utm\\_v=2](https://wiadomosci.onet.pl/kraj/babciowe-tuska-wiekszosc-polakow-dobrze-ocenia-pomysl-sondaz/18h0n3y?utm_source=www.ecosia.org_viasg_wiadomosci&utm_medium=referral&utm_campaign=leo_automatic&srcc=undefined&utm_v=2) (abgerufen am 31.01.2025).

**Grafik 2: Positive Einstellung zum Wahlversprechen der PO, Großmüttern für die Betreuung des Enkelkinds ein Betreuungsgeld zu zahlen – sog. »Omageld« (% , Wählerschaften, März 2023)**



Anm.: Antworten »sehr gut« und »eher gut«.

Befragung durch United Survey im Auftrag von Wirtualna Polska, 24.-26.03.2023, 1.000 Befragte.

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Lewica/Die Linke; Konfederacja/Konföderation; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht du Gerechtigkeit

Quelle: Onet.pl: »Babciowe« Tuska. Polacy wyrazili swoją opinię [Tusks »Omageld«. Die Polen äußern ihre Meinung]. [https://wiadomosci.onet.pl/kraj/babciowe-tuska-wiekszosc-polakow-dobrze-ocenia-pomysl-sondaz/18h0n3y?utm\\_source=www.ecosia.org\\_viasg\\_wiadomosci&utm\\_medium=referral&utm\\_campaign=leo\\_automatic&srcc=undefined&utm\\_v=2](https://wiadomosci.onet.pl/kraj/babciowe-tuska-wiekszosc-polakow-dobrze-ocenia-pomysl-sondaz/18h0n3y?utm_source=www.ecosia.org_viasg_wiadomosci&utm_medium=referral&utm_campaign=leo_automatic&srcc=undefined&utm_v=2) (abgerufen am 31.01.2025).

**Grafik 3: Die Einstellung zum Wahlversprechen der PO, Großmüttern für die Betreuung des Enkelkinds ein Betreuungsgeld zu zahlen – sog. »Omaged« (% , Frauen – Männer, März 2023)**

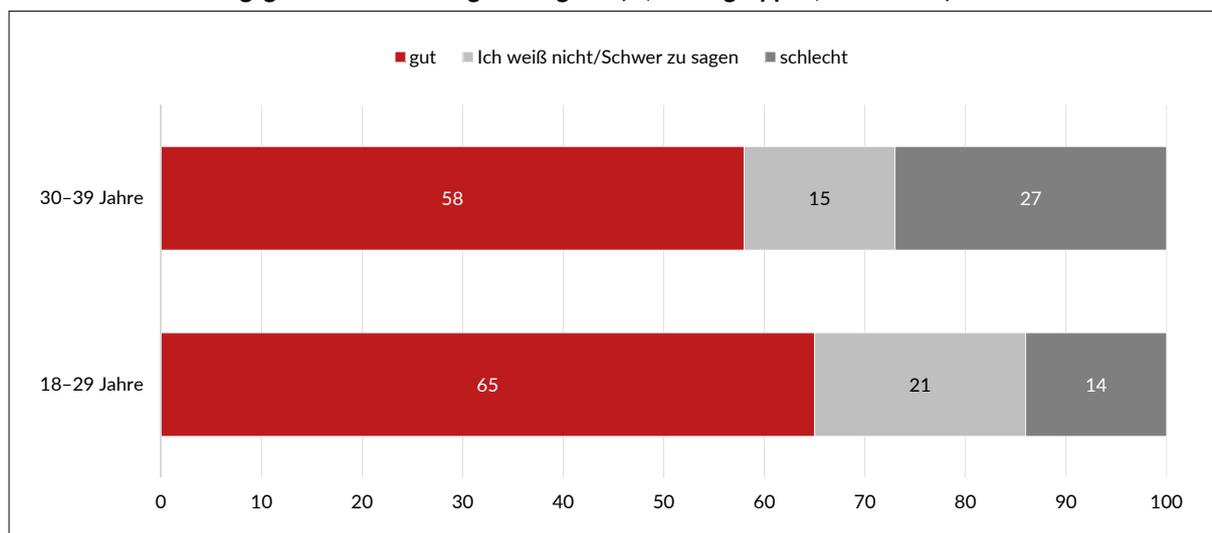


Befragung durch United Survey im Auftrag von Wirtualna Polska, 24. -26.03.2023, 1.000 Befragte.

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

Quelle: Onet.pl: »Babciowe« Tuska. Polacy wyrazili swoją opinię [Tusks »Omaged«. Die Polen äußern ihre Meinung]. [https://wiadomosci.onet.pl/kraj/babciowe-tuska-wiekszosc-polakow-dobrze-ocenia-pomysl-sondaz/l8h0n3y?utm\\_source=www.ecosia.org\\_viasg\\_wiadomosci&utm\\_medium=referral&utm\\_campaign=leo\\_automatic&srcc=undefined&utm\\_v=2](https://wiadomosci.onet.pl/kraj/babciowe-tuska-wiekszosc-polakow-dobrze-ocenia-pomysl-sondaz/l8h0n3y?utm_source=www.ecosia.org_viasg_wiadomosci&utm_medium=referral&utm_campaign=leo_automatic&srcc=undefined&utm_v=2) (abgerufen am 31.01.2025).

**Grafik 4: Die Einstellung zum Wahlversprechen der PO, Großmüttern für die Betreuung des Enkelkinds ein Betreuungsgeld zu zahlen – sog. »Omaged« (% , Altersgruppen, März 2023)**



Befragung durch United Survey im Auftrag von Wirtualna Polska, 24. -26.03.2023, 1.000 Befragte.

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

Quelle: Onet.pl: »Babciowe« Tuska. Polacy wyrazili swoją opinię [Tusks »Omaged«. Die Polen äußern ihre Meinung]. [https://wiadomosci.onet.pl/kraj/babciowe-tuska-wiekszosc-polakow-dobrze-ocenia-pomysl-sondaz/l8h0n3y?utm\\_source=www.ecosia.org\\_viasg\\_wiadomosci&utm\\_medium=referral&utm\\_campaign=leo\\_automatic&srcc=undefined&utm\\_v=2](https://wiadomosci.onet.pl/kraj/babciowe-tuska-wiekszosc-polakow-dobrze-ocenia-pomysl-sondaz/l8h0n3y?utm_source=www.ecosia.org_viasg_wiadomosci&utm_medium=referral&utm_campaign=leo_automatic&srcc=undefined&utm_v=2) (abgerufen am 31.01.2025).

## CHRONIK

## 21. Januar – 3. Februar 2025

21.01.2025	Ministerpräsident Donald Tusk teilt mit, dass sich die diplomatischen Vertretungen der Republik Polen in den USA entsprechend der Ankündigung des neu vereidigten US-Präsidenten Donald Trump, Migranten mit illegalem Aufenthaltsstatus aus den USA auszuweisen, vorbereiten sollen. Alle in den USA lebenden Polen seien in Polen willkommen, so Tusk.
22.01.2025	Ministerpräsident Donald Tusk stellt im Europäischen Parlament die Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft vor, die Polen im ersten Halbjahr 2025 innehat. Das Motto der Ratspräsidentschaft lautet »Sicherheit, Europa!« und bezieht sich auf die Bereiche Inneres, Äußeres, Information, Energie, Wirtschaft, Nahrung und Gesundheit.
23.01.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz und Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius nehmen am Flughafen Rzeszów-Jasionka (Südostpolen) an der Aufstellung von zwei Batterien des Flugabwehraketensystems Patriot der Bundeswehr teil. Sie sollen den Flughafen schützen, der als Drehscheibe für militärische und humanitäre Hilfsleistungen für die Ukraine dient, die seit 2022 von Russland angegriffen wird. Kosiniak-Kamysz unterstreicht, dass Polen seine Armee ausbaut und modernisiert und 2025 knapp fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben bestimmt hat. Die Sicherheit eines Staates gründe sich auf die Stärke seiner Gesellschaft, seiner Armee und seines Bündnisses. Pistorius kündigt an, dass Eurofighter Typhoon der Bundeswehr in Kürze den Luftraum über Polen und Rumänien an der NATO-Ostgrenze kontrollieren werden.
23.01.2025	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der es die von Russland betriebene, auf Geschichtsrevisionismus beruhende Desinformationskampagne im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verurteilt. Wegen dieser Art Geschichtsrevisionismus, welcher der Ukraine die Identität, Staatlichkeit und ureigene Existenz abspricht, sei Russland auch eine Gefahr für Polen und die baltischen Staaten und deren Souveränität.
24.01.2025	Nach ihrem Besuch in Paris trifft sich die Präsidentin des Bundesrates Anke Rehlinger mit hochrangigen Regierungsvertretern in Warschau. Mit Władysław Teofil Bartoszewski, Staatssekretär im Außenministerium, thematisiert sie die Sicherheit und Resilienz Europas sowie hybride Bedrohungen der EU. Beide betonen den guten Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen und die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen und grenzüberschreitenden Kontakte. Hervorgehoben werden die Intensivierung der Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich, Polen) und der positive Effekt für die Europäische Union.
26.01.2025	In einer Erklärung zeigt sich das Außenministerium der Republik Polen enttäuscht über die Präsidentschaftswahlen in Belarus, in deren Folge der amtierende Präsident Aleksander Lukaschenko erneut zum Sieger erklärt wurde. Kritisiert wird, dass kein unabhängiger Kandidat antreten durfte, politische Gegner Repressionen erlitten und die Zivilgesellschaft eingeschüchtert wurde. Daher könne das Wahlergebnis nicht als glaubwürdig und als Wiedergabe des Willens der belarusischen Nation gewertet werden. Polen ruft die belarusischen Machthaber zu einem offenen Dialog mit der Zivilgesellschaft auf.
27.01.2025	In der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau findet die Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Befreiung des damaligen deutschen Konzentrationslagers durch die Rote Armee statt. Bei der Feier, an der hochrangige internationale politische Vertreter teilnehmen, stehen ca. 50 anwesende Überlebende im Mittelpunkt. Polen wird u. a. von Präsident Andrzej Duda, Sejm marschall Szymon Hołownia, Dorota Niedziela, stellvertretende Sejm marschallin, und der Vorsitzenden der Polnisch-Israelischen Parlamentariergruppe, Katarzyna Piekarska, vertreten. Aus Deutschland nehmen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundesratspräsidentin Anke Rehlinger und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau teil. Delegationen aus Russland sind seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht mehr bei der jährlichen Zeremonie willkommen. Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, schreibt im Kurznachrichtendienst X: »Das Böse, das das Leben ganzer Nationen zerstören will, existiert noch heute in der Welt.«
28.01.2025	In Warschau unterzeichnen Ministerpräsident Donald Tusk und der kanadische Regierungschef Justin Trudeau eine Vereinbarung über die Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Polen.
30.01.2025	Im Beisein von Ministerpräsident Donald Tusk unterzeichnen der polnische Energiekonzern PGE und Ørsted, ein dänisches Offshore-Windenergieunternehmen, den Beginn der ersten Bauphase eines Windparks an der polnischen Ostseeküste zwischen Ustka und Choczew. Der Windpark liegt 90 km von der Küste entfernt und soll 190 km <sup>2</sup> umfassen. Errichtet werden sollen 107 Turbinen mit einer Leistung von jeweils 14 Megawatt. Die Stromlieferung ist für 2027 geplant.

31.01.2025	Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur sog. Pegasus-Affäre beschließt einen Antrag auf Ordnungsstrafe für den ehemaligen Justizminister Zbigniew Ziobro (Vereinigte Rechte/Zjednoczona Prawica) in Höhe von 30 Tagen Haft. Der Grund ist, dass sich Ziobro zum wiederholten Mal nicht zu einer Befragung als Zeuge vor dem Ausschuss eingefunden hat. Der Ausschuss untersucht die Rechtmäßigkeit und Zielsetzung des Einsatzes der Überwachungssoftware Pegasus durch die Regierung, die Polizei und die Geheimdienste von 2015 bis 2023 in der Regierungszeit der Vereinigten Rechte. Überwacht wurden u. a. Politiker der Oppositionsparteien, Journalisten und Rechtsanwälte.
01.02.2025	Mariusz Błaszczak, Fraktionsvorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), kündigt einen Antrag auf Auflösung des parlamentarische Untersuchungsausschusses zur sog. Pegasus-Affäre an. Er untersucht die Rechtmäßigkeit und Zielsetzung der Pegasus-Überwachungssoftware, die unter der Vorgängerregierung gegen Oppositionspolitiker, Journalisten und Anwälte eingesetzt wurde. Der Ausschuss sei laut Urteil des Verfassungstribunals vom September 2024 illegal, so Błaszczak. Ein weiterer Grund sei, dass der Untersuchungsausschuss am Vortag gegen den als Zeugen vorgeladenen ehemaligen Justizminister Zbigniew Ziobro (Vereinigte Rechte/Zjednoczona Prawica) eine Ordnungsstrafe in Höhe von 30 Tagen Haft beantragt hat, weil Ziobro nicht erschienen ist. Błaszczak sagt, Ziobro habe sich bereits zum Termin im Gebäude befunden, der Ausschuss habe jedoch absichtlich rasch seine Sitzung geschlossen.
03.02.2025	Vizeverteidigungsminister Cezary Tomczyk trifft mit einer Delegation der Rüstungsindustrie in Kyjiw ein. Das Ziel der Reise sei es, in der von Russland angegriffenen Ukraine Klienten für die polnische Verteidigungsindustrie zu werben, sagt Tomczyk auf einer Pressekonferenz.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

#### Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,  
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>